

„Veraltet, ungerecht, zukunftsfeindlich“ –

Wie weit ist´s von Süddeutschland nach Schweden?

Prof. Dr. Bernd Reinhoffer

Pädagogische Hochschule Weingarten

Göttingen, 08.09.2007

Wie weit ist´s von Süddeutschland nach Schweden?

Auf diese Frage gebe ich im Folgenden drei einfache Antworten und eine etwas komplizierte.

1. Stuttgart und Stockholm liegen rund 1.600 Autokilometer voneinander entfernt. Im Direktflug benötigt ein Flugzeug 2 Stunden. Mit dem Auto fährt man diese Strecke in ca. 2 Tagen. Ein geübter Fahrradfahrer¹ mit guter Kondition - natürlich ohne Doping – könnte mit etwa 20 Tagen rechnen. Zu Fuß wären wir als durchschnittliche Wanderer so um die 2 Monate unterwegs. Ob es also weit ist von Süddeutschland nach Schweden hängt von der Zielstrebigkeit und vom Mitteleinsatz der Reisenden ab. Und diese beiden Punkte gestalten sich momentan für baden-württembergische Lehrkräfte, Schulleitungen und Bildungspolitikern der Regierungsfaktionen allerdings völlig unterschiedlich.

2. Lehrkräfte

Für engagierte süddeutsche Lehrkräfte ist es nicht weit nach Schweden. Spätestens seit der Veröffentlichung der PISA-Ergebnisse machen sie sich auf den Weg, reisen in den Ferien nach Skandinavien und hospitierten u. a. an schwedischen Schulen. Sie bringen Impulse für den eigenen Unterricht und die eigene Schule mit. Im Bereich der Unterrichtsqualität bewegen sich etliche baden-württembergische Lehrkräfte in Richtung Schweden –und sie sind in ihrem Denken und Handeln zum Teil schon angekommen.

Von ihrer Mentalität her scheuen innovationsfreudige Lehrkräfte also keine Entfernungen. Die GEW sollte m. E. vermehrt Hospitationsreisen zu innovativen Schulen und Schulsystemen organisieren bzw. unterstützen. Nicht nur zu den PISA-Siegern, nicht nur ins Ausland! Denn auch in der BRD finden wir zahlreiche anregende Beispiele, wie an Schulen innovativ gearbeitet werden kann. Bei der Umsetzung der Impulse sollte die GEW dann mit Rat und Tat zur Seite stehen. Eine solche Unterstützung wünscht auch die nächste Gruppe.

3. Schulleitungen

Auch baden-württembergische Schulleiter haben es nicht weit nach Schweden. Sie gehen hin und setzen sich intensiv mit dem schwedischen Schulsystem auseinander, entwickeln Ideen für die eigenen Schulen. Diese reichen vom Teamteaching über den kooperativen Einsatz weiterer Berufsgruppen wie Schulpsychologen, Sozialarbeitern bis hin zum längeren gemeinsamen Lernen und dem Angebot verschiedener Schulabschlüsse an einer Schule. Im Bereich der Schulstruktur wollen also viele Schulleiter ihre Schulen in Richtung Schweden bewegen. Aber können sie handeln?

¹ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Folgenden nur noch die männliche Form verwendet.

Nein, noch nicht! Den Anträgen von Schulleitern aus den Kreisen Ravensburg und Bodenseekreis auf neue Schulmodelle wird nicht stattgegeben. Ihre Bitten um Gespräche lehnt die Kultusverwaltung ab. Daraufhin solidarisieren sie sich, reflektieren ihre bisherigen Erfahrungen im Hauptschulbereich und formulieren ihr Unbehagen. Jetzt äußern sie ihre Kritik nicht mehr nur im privaten Kreis, sondern gehen an die Öffentlichkeit. Freilich haben sie damit keine Erfahrung, sie sind weder Parteipolitiker noch Gewerkschaftsfunktionäre. Aber da es ihnen um die Zukunft der Schüler und der Schulen geht, schreiben sie im Frühjahr 2007 einen offenen Brief an Kultusminister Rau. Darin fragen Sie u. a. (der vollständige Text kann nachgelesen werden unter <http://www.laenger-gemeinsam-lernen-bw.de/>):

- „Warum lernt Ihr Ministerium nicht aus den Erfahrungen der letzten 20 Jahre, in denen unzählige „Fitnessprogramme“ zur Stärkung der Hauptschule ins Leben gerufen wurden, die aber allesamt nichts am zunehmenden Desinteresse an dieser Schulart änderten und zudem viel Geld kosteten?“
- „Warum orientieren Sie sich im Zeitalter der Globalisierung nicht an internationalen Maßstäben und Erfahrungen, sondern halten an einem Schulsystem fest, das in punkto Gerechtigkeit, Integration und Leistung keinem internationalen Vergleich standhält?“
- „Kann es sein, dass Veränderungen blockiert werden, weil es Politikern an Mut fehlt, notwendige Schulstrukturveränderungen gegen den Widerstand von Lobbyistengruppen durchzusetzen, die nach wie vor keine gesamtgesellschaftliche Verantwortung übernehmen wollen, sondern weiterhin auf ihre „Pfründe“ bestehen?“

Diese Schulleiter stellen die Kinder und Jugendlichen in den Mittelpunkt ihres Wirkens, ihrem Wohle und ihrer Unterschiedlichkeit wollen sie Rechnung tragen.

- „Deutschland beziehungsweise Baden-Württemberg hat ein weltweit einzigartiges Schulsystem, das die Kinder nach nur vier gemeinsamen Schuljahren auf drei hierarchisch angeordnete Schularten verteilt. Sind deutsche Kinder anders „gestrickt“ als die restlichen Kinder dieser Erde?“
- „Welche Gesinnung vermitteln wir unseren Kindern, wenn diese im Alter von neun oder zehn Jahren schmerzlich erfahren, dass sie in drei hierarchisch angeordnete Kategorien eingeteilt werden?“
- „Warum soll ab Klasse 5 plötzlich nicht mehr funktionieren, was vier Schuljahre lang erfolgreich war (siehe IGLU)?“

Die Schulleiter verweisen auf das aktuelle Gerechtigkeits- und das Leistungsproblem. Sie äußern die Überzeugung, dass das Schulsystem sich nach den Schülern zu richten habe.

„Hingegen täuscht das gegliederte System eine nach Begabungsbereichen homogene Schülergruppe vor, die vorwiegend im gleichschrittigen, darbietenden Unterricht beschult werden könne. Hier muss sich der Schüler dem System anpassen. Eine Problematik, die uns jährlich viele Schulversager, Klassenwiederholer und Schüler ohne Schulabschluss beschert. In Baden-Württemberg haben nach der Pisa-E-Studie 2003 über 30% der 15-jährigen eine verzögerte Schullaufbahn.“

Was die Schulleiter letztendlich wollen ist ein Ende des Mauerns, eine Offenheit der Kultuspolitik für unterschiedlichste innovative Impulse der Basis, denn es ist jedem klar, dass es *die* Hauptschule wegen ihrer sehr unterschiedlichen soziokulturellen Situierung (städtisch-ländlich, groß – klein, in strukturschwacher – in strukturstarker

Umgebung etc.) nicht gibt. Deshalb kann es auch nicht *die* Lösung, keine einheitliche Weiterentwicklung für alle Hauptschulen geben. Ein kleinster gemeinsamer Nenner, eine Grundforderung aber wird deutlich:

„Angesichts aller oben aufgeführten Fakten und Erkenntnisse fordern wir die Landes- und Bildungspolitik auf, einen längst überfälligen Paradigmenwechsel einzuleiten – weg vom selektiven dreigliedrigen Schulsystem, hin zu einem integrativen Schulsystem, in dem Kinder und Jugendliche, wie in anderen Staaten üblich, länger gemeinsam miteinander und voneinander lernen und dabei individuell gefördert werden.“

Diesen offenen Brief unterschreiben die 4 Initiatoren nun nicht alleine. Vielmehr wird er von 96 der ca. 130 Schulleiter in den Landkreisen Bodenseekreis und Ravensburg gestützt. Der Brief erregt große Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. Kommt er doch aus einer Region, die eher als wirtschaftlich stark und idyllisch eingestuft wird. Die Arbeitslosenzahl im Kreis Ravensburg liegt im August 2007 bei 3,3% und ist damit die zweitniedrigste in der Bundesrepublik. Die Region gilt bei Wahlen als sichere Burg der CDU, die regelmäßig relative oder absolute Mehrheiten holt.

Eine breite Welle der Solidarität setzt ein. Inzwischen haben ca. 350 Schulleiter aus ganz Baden-Württemberg den offenen Brief unterzeichnet. Ferner unterstützen über 25 Gruppen die Forderungen, z. B. AK Gesamtelternbeiräte B.-W., AK Elternbeiräte Gymnasien SW, Vereinigung Schulleiter B.-W., VBE B.-W., GEW B.-W., GEW Bayern und GEW Bund, SPD B.-W., Die Grünen B.-W., , Handwerkstag B.-W., Kulturschaffende in B.-W., Städtetag B.-W., Verband der Schulpsychologen D, Landesverbandes der kommunalen Migrantenvvertretungen Baden-Württemberg (LAKA), Gemeindetag B.-W., Hauptpersonalrat GHRS beim Kultusministerium, 110 Teilnehmer der Akademietagung Bad Boll: "Schwierige Kinder - Kinder der Vielfalt", Initiativgruppe: "Mütter und Väter für längeres gemeinsames Lernen der Kinder", Initiative zur Förderung rechenschwacher Kinder und Einzelpersonen. Daneben haben viele Einzelpersonen sich zustimmend zu Wort gemeldet, u. a. der PISA-Koordinator Andreas Schleicher, der Präsident Handwerkskammer Konstanz, Klaus Hurrelmann, Georg Lind und Peter Struck.

An der Pädagogischen Hochschule Weingarten haben Erziehungswissenschaftler und Fachdidaktiker² einen Unterstützungsbrief verfasst, der hausintern von 56 Kollegen unterschrieben wurde. Denn wir bekommen hautnah mit, unter welchen Problemen die Schulen leiden. Am Mittwochvormittag begleiten wir unsere Studierenden bei ihren Unterrichtsversuchen in den Tagespraktika, arbeiten dabei eng mit Ausbildungsschulen zusammen. Durch diese Kontakte kennen wir die Situation vor Ort, können eigene Einschätzungen vornehmen und Stellung beziehen.

Empirische Daten der letzten Jahre unterstreichen die Argumentation der Schulleiter. Freilich, gilt es, mit Folgerungen aus Untersuchungen vorsichtig zu sein. PISA liefert z. B. keine Längsschnittergebnisse und damit keine Beweise für die Überlegenheit von Schulsystemen - aber wir finden eindeutige Hinweise. Aus Verantwortung für die Verwendung empirischer Daten kommen wir Forscher daher zu einer eindeutigen Stellungnahme. Auch wenn unsere Erkenntnisse die Zusammenhänge nicht bis ins Detail durchleuchten können, meinen wir: Hinsichtlich struktureller Veränderungen

²Prof. Dr. Thorsten Bohl, Prof. Dr. Diemut Kucharz, Dr. Stefanie Schnebel (alle Erziehungswissenschaft); Prof. Dr. Bernd Reinholfer, (Erziehungswissenschaft/ Sachunterricht) Prof. Dr. Cordula Löffler (Deutsch)

muss jetzt gehandelt werden. Vor allem wenn wir nicht das System, sondern die Schüler in den Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit stellen!

Unsere Verlautbarung weist auf sechs Irrtümer hin, denen die gängige Argumentation für das dreigliedrige Schulsystem mindestens unterliegt. Ich möchte an dieser Stelle kurz darauf eingehen (eine ausführliche Fassung kann nachgelesen werden unter <http://www.laenger-gemeinsam-lernen-bw.de/>):

Erster Irrtum: Die Leistungen der baden-württembergischen Schüler sind international erfolgreich.
Richtigstellung: Baden-Württemberg liegt im internationalen Vergleich nur leicht über dem OECD-Durchschnitt, im Bereich Lesekompetenz unter dem Durchschnitt.

Zweiter Irrtum: Das gegliederte Schulsystem sortiert leistungsgerecht.
Richtigstellung: Zahlreiche Studien wie TIMSS, PISA oder IGLU belegen, dass Schüler mit denselben Leistungen je völlig unterschiedlichen weiterführenden Schularten zugewiesen wurden.

Dritter Irrtum: Fehlentscheidungen können durch die Durchlässigkeit des Systems nach oben und nach unten korrigiert werden.

Richtigstellung: Die Durchlässigkeit funktioniert überwiegend nach unten. Bundesweit sind 77% der Schulartwechsel Abstiege und nur 23 % Aufstiege.

Vierter Irrtum: Die Schüler haben im gegliederten Schulsystem gleiche Bildungschancen.
Richtigstellung: Studien wie PISA bestätigen einen besonders ausgeprägten Zusammenhang zwischen Kompetenzerwerb und sozialer Herkunft in Baden-Württemberg. Die spezifischen Lernumgebungen innerhalb der einzelnen Schularten tragen dazu bei, dass Schüler mit gleichen Grundfähigkeiten und identischem sozioökonomischen Status unterschiedliche Leistungen in unterschiedlichen Schularten erbringen.

Fünfter Irrtum: Schulische Noten haben Aussagekraft und sind vergleichbar.

Richtigstellung: Noten besitzen in gegliederten Systemen eine machtvolle Funktion, denn sie dienen als Selektionsinstrument - ihre Vergleichbarkeit endet jedoch an der Klassentür. Lehrkräfte können Leistungsunterschiede innerhalb einer Klasse recht gut einschätzen, sobald jedoch die Klasse den Lehrer wechselt oder ein Schüler die Klasse wechselt, verändern sich die Noten nachweislich: Noten sind außerhalb des Klassenzimmers nicht mehr vergleichbar.

Sechster Irrtum: Integrierte Schulsysteme produzieren schlechtere Leistungen.

Richtigstellung: Allein die Anwesenheit leistungsstärkerer Schüler führt bei anregungsreicher und anspruchsvoller Lernumgebung bereits zu höheren Lernfortschritten leistungsschwächerer Schüler – ohne dass dabei ein Nachteil für leistungsstärkere Schülerinnen und Schüler zu befürchten ist.

Die an Begabung, Schicht oder beruflicher Neigung orientierte Begründung des dreigliedrigen Schulsystems halten wir für undifferenziert und längst nicht mehr zeitgemäß. Eine Zusammenführung von Hauptschule und Realschule sehen wir jedoch nur dann als sinnvollen Zwischenschritt, wenn auch ein Zugang zum Abitur möglich wird, etwa in anschließenden Schuljahren (neunjähriger Weg zum Abitur nach der Grundschule). Die notwendige Weiterentwicklung des Schulsystems muss ferner mit einer stufenbezogenen Ausbildung von Lehrkräften einhergehen.

Eine zweigliedrige Schule – hier Gymnasium, dort Stadtteilschule – sehen wir als keine angemessene Antwort auf die Herausforderung, mehr Kinder als bisher zum Abitur zu bringen – vor allem angesichts der Tatsache, dass sich nahezu 50% der Grundschulempfehlungen im Nachhinein als falsch erweisen. Die Heterogenität der Schülerschaft und die daraus resultierenden Chancen führen zur Forderung: Das System muss sich den Schülern anpassen, nicht die Schüler dem System.

4. Regierungspolitiker

Wie weit ist´s von Süddeutschland nach Schweden? Wir haben erfahren, dass es für baden-württembergische Lehrkräfte und Schulleiter nicht weit ist. Aber was ist mit regierenden baden-württembergischen Bildungspolitikern? Damit kommen wir zur etwas komplizierten 4. Antwort. Denn eigentlich ist es auch für sie nicht weit zum schwedischen Schulmodell, aber ob sie sich selbst die Erlaubnis für einen Aufbruch geben ist noch ungewiss.

Die Landesregierung von Baden-Württemberg versucht sich seit Jahrzehnten als Retterin der Hauptschule. Immer wieder wurden Programme zur Verbesserung der Unterrichtsqualität aufgelegt. Doch die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache, die Übergangsquote von der Grundschule an die Hauptschule sinkt beständig³: von 44,7 % im Jahr 1976, über 36,7 % im Jahr 1991 bis hin zu 27,7 % im Jahr 2006. Dies entspricht dem bundesweiten Trend, die Kultusministerkonferenz errechnet für das Jahr 2005 bundesweit eine Übergangsquote von nur noch 22%.

Dazu kommt der demografisch bedingte Rückgang der Schülerzahlen an den allgemein bildenden Schulen um 19% bis 2020. Das Statistische Baden-Württemberg prognostiziert: „Landesweit wird im Schuljahr 2012/2013 voraussichtlich ein Fünftel weniger Schüler öffentliche und private Hauptschulen besuchen als noch im Schuljahr 2004/2005.“ (Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, Heft 8/2006, S. 13). Die Leiterin der Abteilung Schulen im Regierungspräsidium Tübingen hat folglich darauf hingewiesen, dass von den 235 Hauptschulen im Regierungspräsidiumsbezirk 70 in den nächsten Jahren von der Schließung bedroht sein werden. Das ist fast jede dritte! Landesweit werden mindestens 300 Hauptschulen in Frage gestellt (ca. 25%).

Als sich nun diese Massen von Schulleitern zu Wort melden, sind die Politiker zunächst überfordert. Kann man die nicht zum Schweigen bringen? Man weist sie zuerst mal darauf hin, dass solche öffentlichen Äußerungen der Karriere abträglich sein können. Aber jene sind Schulleiter mit Leib und Seele, sie wollen nicht Karriere machen. Ihnen geht es um die Kinder und Jugendlichen, deshalb wollen sie die Situation an den Schulen verbessern. Die öffentlichen Medien nehmen die Not der Schulleiter wahr und reagieren mit einer ausführlichen Berichterstattung.

Nun wird versucht die Schulleiter zu ignorieren! Bis heute hat Ihnen der Kultusminister keine Antwort auf ihren Brief gegeben! Andere diffamieren und bezeichnen die Schulleiter als oberschwäbische Rebellen, die ihre eigenen Schulen verraten würden. Anfang Juli 2007 werden die Verfasser des Rektorenbriefes ins Regierungspräsidium Tübingen einbestellt. Inzwischen war aber die breite Öffentlichkeit auf den Konflikt aufmerksam geworden und so sensibel eingestellt, dass es im Gespräch beim Hinweis blieb, als Amtspersonen hätten sich die Schulleiter in der Öffentlichkeit maßvoll zu verhalten.

³ Für die Grundschulempfehlung sind die Noten in Deutsch und Mathematik und das Arbeitsverhalten des Schülers maßgeblich. Sind die Eltern mit der Empfehlung nicht einverstanden, testet ein Beratungslehrer den Schüler und erstellt mit der Klassenkonferenz eine Gemeinsame Bildungsempfehlung. Dann bleibt nur noch ein Aufnahmeverfahren der gewünschten Schulart mit Aufnahmetests.

Die baden-württembergische Kultuspolitik hat erkannt, dass sie im Hauptschulbereich Veränderungen vornehmen muss. Am 26. Juni 2007 verkündet sie ein „Fitnessprogramm“ mit folgenden Eckpunkten:

- Zusammenlegen von Hauptschulklassen (jahrgangsübergreifender Unterricht),
- Zusammenlegen von Hauptschulen,
- Zuweisung einzelner Klassenstufen an benachbarte größere Hauptschulen.
- Umwandlung von kleinen Hauptschulen in unselbstständige Außenstellen,
- Einrichtung einer neuen Personalkategorie mit 300 pädagogischen Assistenten (Beschäftigt werden sollen Personen mit Lehramtsausbildung, die in keinem aktiven Beschäftigungsverhältnis stehen (also arbeitslose Lehrkräfte⁴), Ausbilder in Betrieben, Sozialpädagogen sowie Erzieher gelten für diese Aufgabe geeignet.),
- Besetzung von 305 bisher gesperrten Stellen, verteilt auf vier Jahre,
- Aufteilung ab Klasse 7 in Praxiszug und Werkrealzug,
- 2 zusätzliche Stunden zur Stärkung der Kernkompetenzen (=Erhöhung der Unterrichtszeit in Deutsch und Mathematik),
- Kooperation von Haupt- und Realschulen,

Sind das nur Schönheitsreparaturen an der Fassade wie die GEW kritisiert? Lässt der Kultusminister lieber Hauptschulen sterben, als ihnen strukturelle Verbesserungen zuzugestehen? Die Schulleiter wollen Butter aufs Brot und die Bildungspolitik nimmt ihnen das Brot weg? Oder wird mit diesem Fitnessprogramm bereits ein Systemwechsel unternommen? Werden etwa die Befürchtungen des Philologenverbandes wahr und die Hauptschule befindet sich auf dem Weg der Abschaffung? Wird das Gymnasium in der Gesamtschule untergehen?

Ich meine überwiegend Reparaturmaßnahmen zu erkennen, aber auch kleine Öffnungsschritte in Richtung Schulorganisation á la Schweden. Die Landesregierung würde sich gerne auf den Weg machen und setzt an. Allerdings fehlt die klare Ausrichtung und Radikalität des Baden-Württembergischen Handwerkstages, der seit seiner Analyse der PISA-Ergebnisse im Jahre 2002 eine neunjährige Grundstufe im Schulwesen vertritt. In privaten Gesprächen geben viele CDU-Politiker der Argumentation der Schulleiter Recht. Auch in der Öffentlichkeit wächst die Unterstützung aus den CDU-Reihen. So hat Bundesbildungsministerin Schavan am 15.08.2007 im Interview mit der Schwäbischen Zeitung Leutkirch vorgeschlagen, in Zukunft müsse jede Hauptschule einen Realschulabschluss anbieten können.

Schlussfolgerungen

Wie in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts besteht momentan die Gefahr einseitiger Lagerbildung und ideologischer Grabenkämpfe. Die Mentalitäten entsprechen dann der Einleitung in die Asterix-Hefte⁵: „Die ganze Bundesrepublik arbeitet an der Umstrukturierung der Hauptschule.... Die ganze Bundesrepublik? Nein, ein von unbeugsamen Politikern regiertes Bundesland hört nicht auf, Strukturreformen Widerstand zu leisten.“ Das könnte man wechselweise positiv wie negativ auffassen. Einmal die belagerten Hauptschulbefürworter, einmal die blockierten Hauptschulrenovierer, gegliedertes System gegen Gemeinschaftsschule.

⁴ 2007 erhalten von 2600 Lehramtsbewerbern im GHS-Bereich erhalten nur 445 (17%) eine Stelle

⁵ „Ganz Gallien ist von den Römern besetzt. Ganz Gallien? Nein, ein von unbeugsamen Galliern bevölkertes Dorf hört nicht auf, dem Eindringling Widerstand zu leisten.“

Verlierer einer solchen Konfrontation wären allemal die Jugendlichen an der Hauptschule. Wie können die Landesregierung und die GEW unter Gesichtswahrung innovative Wege gehen? Ich meine unter der allgemein anerkannten Leitlinie: Uns geht es um jeden einzelnen Schüler, nicht um ein System um jeden Preis. Uns geht es um eine Gesellschaft der Gerechtigkeit und der Solidarität. Wer sich innovativ ausrichtet, wird kein Schulsystem in seiner bisherigen Form immer weiter fortschreiben. Er wird beständig an Neuerungen arbeiten.

Zum Wohle der Jugendlichen sollten sich alle bewegen. Süddeutschland auf dem Weg nach Schweden? Niemand kann ein System 1:1 übernehmen. Ein landesweit einheitliches Schulsystem passt schon jetzt nicht mehr für alle Regionen, für alle Schulen. Warum nicht über eine Flexibilisierung in der Schulsystemfrage nachdenken? Individuelle Lösungen für die einzelnen Schulen könnten helfen, deren Attraktivität und Leistungsfähigkeit zu steigern. Solche variablen Lösungen könnten durch die Verlagerung der Verantwortung vor Ort ermöglicht werden.

Dies würde auch die Chance einer Einbindung vieler Bündnispartner bieten: Politische und kirchliche Gemeinde, Industrie, Handwerk, Handel, Vereine, usw. könnten sich entschiedener für die Schule am Ort einsetzen, für *ihre* Schule. Und wie sie diese organisiert wollen, würde sie gemeinsam entsprechend den Gegebenheiten vor Ort entscheiden. Denn ihr natürliches Anliegen ist eine bestmögliche Förderung aller Kinder der Gemeinde. Landesweit bedeutet das nicht: Möge der bessere gewinnen, sondern: Konkurrenz belebt das Geschäft.

„Wir können alles, außer hochdeutsch!“ Die angesprochenen gesellschaftlichen Kräfte sollten sich meines Erachtens noch entschiedener für die Zukunft der Jugendlichen einsetzen. Anregungen aus Schweden oder hiesigen Modellschulen dürften nicht schaden. Die baden-württembergische Landesregierung ist unterwegs, die Gewerkschaften sind unterwegs. Es sollte für beide und weitere Bündnispartner nicht weit zu einer Verständigung zum Wohle der Jugendlichen sein.